

# „Die WHO und die internationale Staatengemeinschaft haben versagt“

Der Ausbruch der Ebola-Epidemie in Westafrika hat bislang über 11.000 Menschenleben gekostet. Die bereits geschwächten Gesundheitssysteme der betroffenen westafrikanischen Länder Sierra Leone, Guinea und Liberia sind nun völlig kollabiert. Über Medizin in Zeiten globaler Epidemien debattierten die Delegierten auf dem 118. Deutschen Ärztetag in Frankfurt am Main. Ein erstes Resümee: Wir müssen schneller, effektiver und flexibler helfen.

von **Jocelyne Fischer**

**K**lare Worte fand Dr. Tankred Stöbe, Vorstandsmitglied von Ärzte ohne Grenzen, Mitte Mai in seiner Rede vor den Delegierten des 118. Deutschen Ärztetages in Frankfurt am Main: „Die Ebola-Epidemie zeigt vor allem das politische Versagen der Weltgesundheitsorganisation sowie der gesamten internationalen Staatengemeinschaft, die zu spät und unzureichend reagiert hat. Dass die Infektionszahlen zurückgehen, ist nicht oder zumindest nicht überwiegend der internationalen Hilfe geschuldet, sondern dem Umlernprozess in der westafrikanischen Bevölkerung und der zunehmenden Bettenkapazität“, sagte der Internist und Intensivmediziner. Die internationale Gemeinschaft müsse überlegen, wie sie künftig schneller, adäquater und flexibler reagieren könne. Erste Ansätze für diesen Prozess sehe er in den Bemühungen der Bundesregierung, Teams aus Ärzten, Technikern und Spezialisten zusammenzustellen, sagte Stöbe. Unverständlich sei indes, wie eine medizinische Expertengruppe den Namen „Weißhelm-Truppe“ tragen könne. Stöbe appellierte daher an die Regierung, die Namensgebung nochmal zu überdenken.

Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, forderte die Bundesregierung auf, ein staatlich finanziertes und organisiertes „Medizinisches Hilfswerk“ (medHW) einzurichten. So könne speziell ausgebildetes, sozialrechtlich abgesichertes medizinisches und nicht-medizinisches



**Dr. Tankred Stöbe**, langjähriger Vorstandsvorsitzender der deutschen Sektion von Ärzte ohne Grenzen: „Die Ebola-Krise ist keineswegs überwunden.“  
Foto: Griebel/hellivood.de

Personal schnelle Hilfe leisten. Ein vom Deutschen Ärztetag beschlossener Antrag fordert zudem die Bundesregierung auf, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die Ärztinnen und Ärzten im Hilfseinsatz die Freistellung vom Dienst für die Dauer des Hilfseinsatzes und den heimischen Arbeitsplatz garantiert. Außerdem dringen die Delegierten auf eine entsprechende Ausbildung und Vorbereitung des Hilfspersonals sowie auf maximale Schutzvorkehrungen vor Infektionen, eine angemessene Ausrüstung, eine ausreichende Versicherung, einen garantierten Rücktransport und eine umfassende Nachsorge.

Das Wohl seiner Mitarbeiter im Blick, appellierte Stöbe an die Ärztekammern: Viele seiner Mitarbeiter befänden sich noch in der Weiterbildung. Er forderte die Kammern daher auf, die Arbeit in der Organisation auf die Zeit der Weiterbildung zum Facharzt anzurechnen.

## **Ebola: Eine Epidemie außer Kontrolle**

Bereits im Juni 2014 habe seine Organisation Ebola als eine „Epidemie außer Kontrolle“ bezeichnet, schilderte Stöbe die Ereignisse. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) habe Ärzte ohne Grenzen zuerst der Panikmache bezichtigt, dann aber am 8. August den globalen Notstand ausgerufen. Die Bundesregierung habe erst Ende September reagiert, nachdem sowohl Ärzte ohne Grenzen als auch die liberianische Präsidentin sich in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel gewandt hatten und Ebola zunehmend auch in Deutschland als Bedrohung wahrgenommen wurde.

Das erste deutsche Behandlungszentrum wurde Weihnachten 2014 in Monrovia eröffnet, sagte Stöbe. Da es zu diesem Zeitpunkt bereits genügend Behandlungsplätze in der liberianischen Hauptstadt gegeben habe, sei jedoch kein Ebola-Patient in dem Zentrum behandelt worden. In einer akuten Krise sei es wichtig, nicht politisch, sondern patientenorientiert zu handeln: „Die Frage muss sein, was die Menschen vor Ort brauchen“, mahnte Stöbe. Die Ebola-Krise sei keineswegs überwunden, noch immer gebe es Neuinfektionen, sagte er.

Ebola sei auch ein mahnendes Beispiel dafür, mehr in die Forschung und Entwicklung von vernachlässigten Krankheiten zu investieren. Wo die gewinnorientierten handelnden Pharmafirmen kein lukratives Geschäft sähen, müsse der Staat eingreifen, forderte Stöbe. Der Deutsche Ärztetag votierte ebenfalls dafür, die Erforschung von Infektionskrankheiten voranzutreiben. Zudem sprachen sich die Delegierten für eine staatliche Förderung für die Entwicklung und Bereitstellung von Arzneimitteln und Impfstoffen aus. Professor Dr. Dr. René Gottschalk, Leiter des Gesundheitsamts der Stadt Frankfurt am Main, gab zu bedenken, dass auch dafür Sorge getragen werden müsse, dass Impfstoffe den Menschen vor Ort kostenfrei zur Verfügung gestellt würden.

Der Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen versicherte den Delegierten des Deutschen Ärztetags, für die Menschen in Deutschland habe zu keinem Zeitpunkt eine Bedrohung durch Ebola bestanden. Die Bundesrepublik habe umfangreiche Erfahrungen im Umgang und in der Behandlung viral-hämorrhagischer Fieber (VHF) wie Ebola. Die Furcht des medizinischen Personals, sich trotz Schutzkleidung infizieren zu können, habe ihn derweil erschüttert, so der Experte. Hier zeige sich ein erhebliches Wissensdefizit. Bei 95 Prozent der Verdachtsfälle hätte allein durch eine gründliche Reiseanamnese Ebola als Diagnose ausgeschlossen werden können. Gottschalk bemängelte zudem Defizite in der Bereitstellung von und im Umgang mit Schutzkleidung.